



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/146 - 29.6.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 850

Einweise
auf den Inhalt:

"Carte blanche" und Osteuropas Sicherheit	S. 1
Russisch-japanisches Patzziehen in London	S. 3
Die "Amateur-Statistiker" des Bundeswirtschaftsministers	S. 5
Folgerungen aus der Lehrdebatte	S. 6

Die Lehren der NATO-Luftmanöver

R. Es ist immer die Kriegstechnik, die die großen Zäsuren der Kriegsstrategie und -taktik bestimmt. Vor ihr die Kluft zwischen dem Alten und dem Neuen niemals so groß gewesen wie heute. Kernwaffen-Einflüsse bestimmen daher seit Jahren schon die Manöver der Atomwaffen besitzenden Mächte. In der Sowjetunion ist das nicht anders als in freiem Westen, wenn auch die eine Übung den Schwerpunkt auf den taktischen, die andere auf den strategischen Einsatz der Kernwaffen legt.

Vor zwei Wochen erst begann das große Luftschutzmanöver in den USA, dessen Ausgangslage darin bestand, dass 50 Städte durch Wasserstoffbomben ausradiert sein sollten. Der zwischen den USA und einem möglichen Angreifer liegende Raum erlaubte es, zwischen dem Nahen feindlicher Bombenträger und dem Abwurf eine Zeitspanne von drei Stunden zu legen; sie erlaubte überhaupt erst das Ingangsetzen der Luftalarmaußnahmen einschließlich der Räumung von Washington.

Die sechstägigen Manöver der NATO über Westeuropa berücksichtigen in keiner Weise Aufgaben des zivilen Luftschutzes. Es waren rein militärische Übungen der vereinigten Luftwaffen der NATO. Ein angenommenes Nordland eröffnete den Angriff überfallartig und zerstörte 22 Südländ-Flugplätze. Der Gegenschlag erfolgte nach zwei Tagen und steigerte sich zu einer massiven Ko, dem 38 Luftbasen von Nordland erlagen. Es wurden Atom-, Spreng- und Napalmbomben geworfen, keine Wasserstoffbomben. Flugplätze sind noch kein oberbürtiges Ziel für die H-Waffen.

29.6.1955

Doch wird heute so großzügig mit dem Abwurf von A-Bomben verfahren, dass die Schiedsrichter die Wirkung von über 200 "Spezialwaffen" in Rechnung stellten. Welch ein Wandel: Noch im Koreakrieg waren sich die Spezialisten nicht im Klaren, ob es dort überhaupt ein A-Bomben würdiges Ziel gebe. Heute erhält jeder größere Flugplatz seine eigene A-Bombe in Rechnung gestellt.

Es erwies sich, dass der westeuropäische Raum praktisch zu eng für das Manöver war. Das wird sich im Ernstfall noch deutlicher zeigen. Die schleunige Errichtung eines geschlossenen Luftwarnsystems meldete sich gebieterisch an. Da jedem Beobachter erkennbar, ist der Wert friedensmäßiger Bodenorganisationen außerordentlich angriffsempfindlich. Weiteste Streuung ihrer Anlagen wird notwendig. Schwerpunkte, wie sie in der Pfalz entstanden, verlieren täglich an Wert. Die Tiefe Westeuropas von der Werra bis zum Atlantik ist unerlässlich, wenn eine Abwehr überhaupt funktionsfähig sein soll. Die Ergebnisse der Luftmanöver von "Carte blanche" - ein sehr bezeichnender Name - für die allgemeine Strategie sind umstürzlerisch. Wenn sie nicht richtungsweisend für den Aufbau der Bundesstreitkräfte werden, hat diese militärische Anstrengung ihre Berechtigung für den Krieg mit Kernwaffen von Anfang an verloren.

Wie real Manöver auch angelegt sein mögen, immer ist die Wirklichkeit härter. Und doch bewiesen schon die Manöver-Annahmen und Schiedsrichtersprüche, dass der westeuropäische Raum im Falle einer gegnerischen Kernwaffenaggression als Wüste zurückbleibt. Heute noch sind die Angriffswaffen stärker als die Verteidigungswaffen. Da eines von ihnen Geschossen bereits eine ganze Landschaft vernichten kann, scheint es nur eine Lösung zu geben: den allseitigen Verzicht. Kommt er nicht zustande, steht über dem deutschen Anteil am Aufbau einer geschlossenen Europa-Verteidigung ein großes militärisches Fragezeichen. Leider fehlten als Manövergäste die Politiker; so konnte ihnen nicht demonstriert werden, was das Kernproblem ihrer künftigen Aufgabe ist. Wenn die Kernwaffe an den Kern der menschlichen Existenz überhaupt rührt, muß sie an der Spitze aller Erörterungen stehen. Denn die Kernwaffe fällt, solange sie als kriegsentscheidendes Mittel trotz aller Abwehrbemühungen vorhanden ist, plötzlich vom Himmel. Soll der Mensch in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts sein Leben überhaupt nur noch im Luftschutzbunker, am Radargerät oder im Sitz des senkrecht startenden Jägers verbringen? "Carte blanche" war nötig in diesem Augenblick. Wenn die Männer, denen das Geschick der Welt wie Göttern in die Hand gegeben ist, an diese sechs Tage denken, kann alles noch einmal gut werden. Dann hat auch das Opfer der sieben abgestürzten Flugzeugbesatzungen seinen Sinn. * * *

Die japanische Parallele

E.A., London

Am 1. Juni begannen in London russisch-japanische Verhandlungen mit dem Ziel, einen Friedensvertrag auszuarbeiten und die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu ermöglichen. Parallelen liege nahe zu dem Gespräch, das der deutsche Bundeskanzler in Moskau bei Annahme der sowjetischen Einladung haben würde. Aber man darf nicht vergessen, dass der Fall Japans doch entschieden anders gelagert ist - und dass beide Seiten bei den Londoner Verhandlungen sich Zeit lassen können, um ihre ferngesteckten Ziele zu vertreten.

Der Wechsel in der russischen Politik im Verhältnis zu Japan begann mit der allgemeinen Wendung nach Stalins Tode. Herr Malenkov schenkte in seiner Rede vor den Obersten Sowjet im August 1953 Japan besondere Aufmerksamkeit. Als im vergangenen Oktober Chruschtschow und Bulganin nach Peking gingen, willigten sie in den Abzug der sowjetrussischen Truppen aus Port Arthur ein. Sie waren dort auch nach 1952 verblieben, obwohl im chinesisch-russischen Bündnis von 1950 ihr Abzug nach zwei Jahren vorgesehen war. Gefahr einer japanischen Aggression wurde als Grund für die Nichteinhaltung der vorgesehenen Termine angegeben. Bei demselben Peking-Besuch erging die gemeinsame chinesisch-russische Freundschaftserklärung an das japanische Volk.

Am selben Tage nun, an dem der letzte russische Soldat die gegen Japan gerichtete Basis Port Arthur verließ, begannen in Kensington Palace Gardens in London die russisch-japanischen Verhandlungen.

Gewiegttes Spiel asiatischer Verhandlungskunst

Mit Schmunzeln verfolgen die diplomatischen Beobachter aller Länder das gewiegtte Spiel asiatischer Verhandlungskunst. Nach Informationen aus japanischen Kreisen hat Herr Malik das Schachspiel mit einem kräftigen Angriff auf die japanischen Positionen eröffnet. Er verlangte nicht nur den formellen japanischen Verzicht auf Südsachalin und die Kurilen, sondern auch auf die Insel Sjikotan und die Habo-mai-Gruppe. Sie liegen in den nordöstlichen Küstengewässern der japanischen Hauptinseln. Auf ihre Rückgabe hatte man in Tokio ziemlich bestimmt gehofft. Ferner verlangen die russischen Unterhändler, dass die See zwischen Japan und Korea für alle fremden Kriegsschiffe verschlossen sein solle, mit anderen Worten unter russisch-japanischer Kontrolle neutralisiert werden solle. Und schließlich soll Japan sich feierlich verpflichten, keiner gegen Rußland oder China gerichteten Allianz beizutreten.

Kriegsgefangene und Fischereirechte

Selbst die Forderung auf die Heimsendung der noch etwa 12 000 japanischen Kriegsgefangenen in sibirischen Lagern hat Herr Malik mit der Antwort abgewiesen, nur verurteilte Kriegsverbrecher würden noch zurückgehalten und diese würden erst freigesetzt, wenn sie ihre Strafen verbüßt haben werden.

Die übrigen japanischen Wünsche wie die Fischereirechte in den dem russischen Festlande vorgelagerten Küstengewässern, die Unterstützung der japanischen Zulassung zur UN und einen für den japanischen Export hochwertigen Handelsvertrag versucht Herr Malik mit dem Hinweis hinauszuschieben, dass man über diese Dinge nach Herstellung der diplomatischen Beziehungen auf dem üblichen Wege reden könne.

Schwierige Stellung Hatoyamas

Wahrscheinlich war das japanische Kabinett Hatoyama über die sowjetische Haltung stärker enttäuscht als sein Londoner Vertreter Matsumoto. Ischiro Hatoyama hatte nach seinem Wahlsieg versprochen, normale Beziehungen zur Sowjetunion herzustellen. Damit kam er nicht nur den Wünschen der stark interessierten Wirtschaftskreise nach, sondern entsprach einem allgemeinen Gefühl im Lande, wo man der amerikanischen Bevormundung überdrüssig ist, obwohl man sich eine offene Abkehr von Washington schon wegen der amerikanischen Wirtschaftshilfe nicht leisten könnte. Obwohl die amerikanische Besatzung de jure beendet ist, sieht sich Japan wirtschaftlich und militärisch eng an die USA geknüpft.

Das im März 1954 unterzeichnete gegenseitige Sicherheits-Abkommen erlaubt die Stationierung großer amerikanischer Verbände in Japan, bis dieses genügend eigene Streitkräfte aufgestellt hat, um sich zu verteidigen. In seiner Mehrheit ist das japanische Volk aber nicht geneigt, seine Befreiung von amerikanischen Truppenkontingenten durch eigene Aufrüstung zu erkaufen. Dazu wächst das Gefühl, dass man bei einer echten Entspannung der internationalen Lage sich mit der Aufstellung einer eigenen Armee nicht zu beeilen brauche und seine Energien besser wirtschaftlichen Aufgaben zuwende. Japans Hoffnungen, seine wirtschaftlichen Probleme lösen zu können, richten sich auf verstärkten Handel mit dem Sowjetblock und vor allem mit China. Auch da ist die Bindung an die "Liste der verbotenen strategischen Güter" ein Grund, anti-amerikanische Ressentiments zu stärken.

Was haben die Russen vor ?

Die Indiskretionen in Tokio und London zeigen nur, dass Herr Matsumoto ebensowenig wie Herr Malik gewillt ist, sich durch Regeln einschnüren zu lassen, wenn sie das Spiel seiner Hand behindern. Immerhin, es war der Kreml, der die Verhandlungen zuerst vorgeschlagen hatte. Das deutet darauf hin, dass die Russen mehr im Sinne haben, als die alten Forderungen an Japan stereotyp zu wiederholen. Wenn man lange genug hin- und hergeredet und die Positionen abgetastet hat, werden sie wahrscheinlich mit einer Reihe von Konzessionen herauskommen. Einige territoriale Berichtigungen, die Heimsendung der Kriegsgefangenen und die Fischereirechte sind Dinge, über die sie mit sich reden lassen werden. Umso fester werden sie wahrscheinlich auf der Neutralitätsklausel bestehen, ohne deren Annahme es keinen Friedensvertrag und keine Handelsvereinfachungen geben dürfte, sondern nur die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen.

Aber Herr Matsumoto hat den sowjetischen Unterhändlern schlankweg erklärt, er werde die Herstellung normaler Beziehungen diskutieren, wenn die "berechtigten japanischen Forderungen" anerkannt worden seien. Außerdem hat er verlautbart, dass er sich auf sechs Monate Verhandlungsdauer eingerichtet habe. Wahrscheinlich haben nämlich beide Delegationen keine große Eile, ihre Karten vorzeitig aufzudecken, solange nicht die Ergebnisse der Spitzenverhandlungen der Großen Vier vorliegen.

Erhardt und die Wiedervereinigung

Uns wird geschrieben:

Der Bundeswirtschaftsminister hat kürzlich in einer Rede anlässlich der Einweihung des Gebäudes der Industrie- und Handelskammer und der Börse in Westberlin erklärt, dass alles, was die Statistiker und Planer wirtschaftlich für die Zeit nach der Wiedervereinigung vorbereiteten, ebenso zusehender werde, wie die rein rationalen Erwägungen, die nach der Währungsreform die Fortführung einer geplanten Wirtschaft als den einzig möglichen Weg aus dem Chaos ansahen. Die Wiedervereinigung werde Kräfte freimachen, von denen sich unsere Scholweisheit nichts träumen ließe.

Seit einigen Jahren haben es seriöse und sowohl fachlich wie auch politisch im Sinne des Bundeswirtschaftsministers erwandfreie und in Bezug auf planwirtschaftliche Ideen unverdächtige Kreise für richtig befunden, die wirtschaftlichen Verhältnisse der sowjetischen Besatzungszone eingehend zu untersuchen. Diese Arbeiten dienen dem Zweck, zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung die Versorgung der Bevölkerung und eine kontinuierliche Wirtschaftsführung zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit zu sichern, die Wirtschaft der Zone aus der weitgehenden Integrierung in den Ostblock herauszulösen, die Wiederherstellung des Privateigentums im Interesse der Wirtschaft zu erleichtern und Größenordnungen für den außergewöhnlichen Finanzbedarf zu entwickeln.

Die bisher erzielten Ergebnisse sind nach dem Urteil aller beteiligten Kreise und Ministerien von großer Bedeutung. Sie haben keinen planwirtschaftlichen Charakter und sind auf den Prinzipien der freien Wirtschaft aufgebaut. Sie sind aber offenbar dem Bundeswirtschaftsminister trotz der ständigen Mitarbeit seines Ministeriums unbekannt. Andererseits ist den beteiligten Kreisen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik bekannt, dass der Bundeswirtschaftsminister im Kabinett zu den genannten Forschungsarbeiten eine durchaus positive Haltung eingenommen hat. Unmittelbar nach seiner Berliner Rede im größeren Kreise darauf angesprochen, sog er sich mit der dürftigen

Erklärung aus der Affäre, nur die "Amateur-Statistiker und-Planer" gemeint zu haben.

Abgesehen von diesem Armutszugnis, das der Bundeswirtschaftsminister hiermit selbst seiner offenbar zum Fenster hinaus gehaltenen Rede ausstellte, scheint ihm völlig unbekannt zu sein, dass die maßgebenden Kreise der Wirtschaft seit langem zu der Erkenntnis gekommen sind, dass der Automatismus der Marktwirtschaft völlig unzureichend ist, die Aufgaben der wirtschaftlichen Wiedervereinigung zu lösen. Es scheint seiner Schulweisheit auch unbekannt zu sein, dass die verantwortlichen Männer in Politik und Wirtschaft es rundweg ablehnen, sich nur auf das freie Spiel der Kräfte zu verlassen und wegen mangelnder Vorbereitung die Wiedervereinigung wirtschaftlich auf Kosten der "Normalverbraucher" und der wirtschaftlich Schwachen gehen zu lassen. Es scheint ihm schließlich auch unbekannt zu sein, dass die maßgebenden Wirtschaftsverbände und die großen Unternehmungen mit Recht planmäßige Vorbereitungen treffen, um die Wirtschaft der sowjetischen Zone und des Bundesgebietes, die sich beide weitgehend auseinanderentwickelt haben, wieder zu einer gesamtdeutschen Wirtschaft zu vereinigen. Es wird Zeit, dass der Bundeswirtschaftsminister von diesen Tatsachen Kenntnis nimmt.

* * *

Mißtrauisch und wachsam

sp - Die bedeutungsvollste Parlamentsdebatte seit dem Bestand der Bundesrepublik endete mit einer Niederlage der Regierung. Der von ihr vorgelegte Entwurf eines Freiwilligengesetzes ging zwar mit den Stimmen der Koalitionsparteien unverändert an die zuständigen Fachausschüsse zur weiteren Beratung, aber es war doch recht bezeichnend, dass sich, von einer Ausnahme abgesehen, keiner der Koalitionssprecher hinter diese provokatorische Regierungsvorlage stellte. Erstmals in der jungen Parlamentsgeschichte fühlte sich das ganze Parlament durch die überfallartigen Methoden der Bundesregierung übergangen und in seinen Rechten verletzt; eine Vorahnung von dem, was in der Zukunft noch von dieser Regierung kommen könnte, lag über dem ganzen Hause.

Die Regierung hat sich nicht zur Zurücknahme dieser "nicht beratungsg

würdigen" Vorlage entschließen können. Das kennzeichnet ihren Standort. War es für sie nur eine Frage des ohnehin schwer angeschlagenen Prestiges? Fehlte ihr der innere Mut, einen Fehler und einen Irrtum einzugestehen? Sie bekundete damit einen Starrsinn, der sich verhängnisvoll für die Zukunft auswirken muß.

Es liegt nun an Parlament und seiner Mehrheit, den Anfängen zu einer tragischen Fehlentwicklung und eines Mißbrauches der zu bildenden Streitkräfte zu wehren. In der Debatte fiel das Wort von der Koalitionsarmee, von der Armee der Parlamentsmehrheit; ob es zur Bildung einer solchen Armee kommt, liegt ausschließlich im Ermessen der Regierung und ihrer Mehrheit. Der Sinn und die Nützlichkeit der Pariser Verträge, deren völkerrechtliche Verbindlichkeit kein Sprecher der Opposition bestritt, ist nach der Regierungsauslegung der Schutz der Freiheit und der Sicherheit der Bundesrepublik vor den totalitären Gefahren des Ostens. Nun, die Gefahr einer Verkümmern der Demokratie, ihrer Auslöschung und ihrer Verdrängung durch eine totalitäre Diktatur besteht unabhängig von der Existenz der Sowjetunion. Sie kann herbeigeführt werden durch die Verschiebung der verfassungspolitischen Gewichte, durch den konsequenten und ständigen Mißbrauch der Machtstellung einer zufälligen Parlamentsmehrheit in ihrem Verhältnis zur Parlamentsminderheit. War das Heraufkommen der Diktatur etwa die Folge einer unmittelbaren äußeren Bedrohung? War es nicht vielmehr das erdrückende Übergewicht der antidemokratischen Kräfte, das Bündnis von Großkapital und nachtütsternen Militärs, das den Sturz der Weimarer Republik besiegelte und Hitler den Weg öffnete?

Abgesehen von allen außenpolitischen Belastungen, abgesehen von den noch nicht übersehbaren Rückwirkungen für die deutsche Wiedervereinigung, die die Aufrüstung eines Teiles Deutschlands zur Folge haben muß, ist es doch die große beklemmende Sorge der Opposition - und nicht nur der Opposition - alles zu verhindern, was in der Bundesrepublik zu einer Neuaufgabe von Reaktion und Restauration und zu antifreiheitlichen Machtzusammenstellungen führt. Am Beginn des Aufbaues bundesrepublikanischer Streitkräfte muß die klare, übersichtliche und sauber abgegrenzte Verankerung dieser Streitkräfte verfassungsrechtlich geregelt sein, der kommende Soldat muß wissen, wen er zu gehorchen hat und wozu er nicht mißbraucht werden darf. Die Glaubwürdigkeit der neuen deutschen Demokratie erschöpft sich nicht allein in der Erfüllung eingegangener völkerrechtlicher Verpflichtungen. Sie hängt ebenso von ihrem Vermögen ab, das eigene Staatsgebilde so zu gestalten, dass der Bereich der Freiheit, des Zivilen vom Militärischen und von einer ohnehin zur autoritären Staatsführung neigenden Regierung nicht erdrückt wird.

Was die Bundesrepublik auf keinen Fall ertragen könnte, wäre ein Bündnis von Militär und Bürokratie gegen das Parlament. Ein Bewußtsein von dieser Gefahr klingt in den Reden mancher Koalitionssprecher mit. Wird dieses Bewußtsein ausreichen, jenen Geist, der Pate bei diesem sogenannten Freiwilligengesetz stand, von künftigen Beratungen über die Wehrgesetzgebung fernzuhalten? Gelingt es nicht, dann hat die bundesrepublikanische Demokratie mehr als eine Schlacht verloren, dann kommt zu der äußeren Spaltung unseres Landes noch eine Kluft im Inneren, über die keine Brücken führen.

* * *